

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 7. Mai 2010

Wir machen Deutschland zur Bildungsrepublik

Die christlich-liberale Koalition ist im Herbst des letzten Jahres angetreten, um die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen. Die Investitionen in Bildung und Forschung steigern wir deshalb massiv: Bis 2013 werden wir zusätzlich 12 Mrd. Euro bereitstellen. Die berufliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses.

Der Berufsbildungsbericht 2010, den das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, macht deutlich, dass sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Ausbildungssituation für Jugendliche nicht wesentlich verschlechtert hat. Im vergangenen Jahr waren erneut mehr freie Lehrstellen zu verzeichnen als unversorgte Bewerber. Wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion danken allen Ausbildungsbetrieben des Jahres 2008/2009 für ihr Engagement und appellieren an die Wirtschaft, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Zugleich zeigt der Berufsbildungsbericht aber auch, dass eine große Zahl junger Menschen nicht ausbildungsreif ist und ihnen damit der Übergang von der Schule in den Beruf schwer fällt. Insgesamt verfügen 15 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren und fast 40 % der ausländischen Jugendlichen über keinen Berufsabschluss. Mit dieser hohen Zahl finden wir uns nicht ab. Dabei geht es nicht nur um „Fachkräftemangel“ und „Negativeffekte“ auf unsere Wirtschaft, sondern insbesondere um die Lebenschancen unserer jungen Menschen.

Wir müssen unseren Soldaten den Respekt zollen, den sie verdienen

In diesen Tagen habe ich mich mit Soldaten der Logistikschule Garlstedt in Berlin zum Gespräch getroffen. Dabei ging es vor allem um Ausrüstungsfragen, den Einsatz in Afghanistan und die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr.

Wir müssen den Soldaten den Respekt zollen, den sie verdienen. Wir alle müssen uns dessen bewusst sein, was unsere Soldaten für uns leisten. Ich bin mir sicher, dass viele meiner Parlamentskollegen sich nicht in die Gefahr begeben würden, in die sich unsere Soldaten begeben, wenn sie in den Auslandseinsatz gehen. Deshalb müssen wir es umso mehr würdigen, wenn deutsche Soldaten in Afghanistan die Sicherheit Deutschlands verteidigen, indem sie durch ihren Einsatz verhindern, dass dieses Land einen Rückzugsraum für Terroristen darstellt.

Ich habe mich sehr gefreut, mit den Soldaten ins Gespräch zu kommen und werde das Gespräch demnächst vor Ort fortsetzen. Im Juni werde ich die Logistikschule in Garlstedt besuchen und mich über die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten dort informieren.



Hilfen für Griechenland—Stabilität des Euro

In dieser Woche hatten wir eine schwierige Entscheidung zu treffen. Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht, aber bei allen Bedenken, die ich habe, ist klar, dass es zu dem jetzt eingeschlagenen Weg keine verantwortbare Alternative gibt.

Wir haben vor dem Hintergrund der durch Griechenland ausgelösten Krise ein Gesetz zur Stabilisierung der Währungsunion in Europa beschlossen. Griechenland wird mit einem Programm von IWF, EU-Kommission und EZB

geholfen. Es läuft drei Jahre und hat einen Umfang von insgesamt 110 Mrd. Euro, davon entfallen 22,4 Mrd. Euro auf Deutschland. Das deutsche Geld wird den Griechen als Kredit zur Verfügung gestellt. Für diese Kredite bürgt der Bund.

Die Kredite sind allerdings an Bedingungen geknüpft. Griechenland musste sich zu einem dreijährigen Anpassungsprogramm verpflichten, das Einschnitte bei den Gehältern im öffentlichen Dienst und bei Pensionen in Griechen-

land sowie eine Erhöhung der griechischen Mehrwertsteuer beinhaltet.

Das Gesetz ist sowohl für Deutschland als auch für Europa von enormer Tragweite. Bei den Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion geht es um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa.

Weiterentwicklung des BAföG

In erster Lesung debattierten wir das 23. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄndG), mit dem durch spürbare Leistungs- und Strukturverbesserungen das BAföG als individuelle Bildungsfinanzierung weiterentwickelt wird. Die Bedarfssätze der Auszubildenden sollen im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und im SGB III um 2 % angehoben werden, die Freibeträge um 3 %. Auch wird die Vereinbarkeit von

individueller Familien- und Ausbildungsplanung verbessert.

Das in erster Lesung debattierte Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms ist neben dem BAföG und Bildungssparen eine weitere Säule der Studienfinanzierung, die auf den Abbau von Hürden gerichtet ist, an denen individueller Bildungsaufstieg scheitern kann. Die Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich sollen zur Hälfte von der

Wirtschaft finanziert werden, die ein vitales Interesse an der Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte und an einer engen Vernetzung mit den Hochschulen hat. Das Stipendienprogramm zielt darauf ab, begabte Studierende zu unterstützen, die Eigenverantwortung und Profilentwicklung der Hochschulen zu stärken und dadurch auch zur Etablierung einer neuen Stipendienkultur in Deutschland beizutragen.

Soziale Marktwirtschaft hilft durch die Krise

Dank der sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland vergleichsweise gut durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 gekommen. Die sozialen Sicherungssysteme wirken stabilisierend und helfen, die Kri-

senfolgen abzufedern. Zu diesem Ergebnis kommt eine international vergleichende Untersuchung der Bertelsmann Stiftung über das Krisenmanagement in 14 Staaten. Einrichtungen wie Kurzarbeit oder Arbeitszeitkonten, die zu

Beginn der Krise bereits existierten und nur angepasst werden mussten, stellen einen klaren Vorteil gegenüber anderen Ländern dar. Sie erweisen sich als eine neue Form von automatisch wirkenden Stabilisatoren.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range